

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einführung in die Problematik	1
1. Kapitel: Einleitung: Online-Auktionen als neue Form der Versteigerung	1
A. Vorteile und Chancen	2
B. Risiken	3
C. Problemstellung	4
I. Ordnungsrechtliche Einordnung	5
II. Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit	6
III. Haftung gegenüber Dritten	7
IV. Zivilrechtliche Wirksamkeit	9
D. Gang der Untersuchung	10
2. Kapitel: Praxis der Online-Auktionen	12
A. Erscheinungsformen	12
I. Private Auktion/Langzeit-Auktion	12
II. Eigenversteigerung bei kurzer Laufzeit/Live-Auktion	13
III. Eigenversteigerung bei längerer Laufzeit	14
IV. Kombinationsversteigerung	14
V. Verdeckte Auktion	14
VI. Rückwärts- oder Abwärtsauktion	15
1. Angekündigte lineare Preissenkungen	15
2. Ausschreibungen	15
VII. Community-Shopping/Powershopping	16
VIII. Tauschbörsen	17
IX. Zusammenfassung	17

B. Funktionsweise der Privaten Online-Auktion	17
I. Ablauf der Privaten Online-Auktion	18
II. Feedback-Systeme	21
III. Abwicklungsgarantien	21
IV. Treuhandmodelle	22
V. Kontroll- bzw. Filtermaßnahmen	23
VI. Finanzierung der Privaten Online-Auktion	24
Teil 2: Typologische Einordnung der Vertragsbeziehungen	25
1. Kapitel: Die Rechtsnatur der Versteigerung	25
A. Begriff der Versteigerung	25
B. Rechtliche Relevanz der Typologie	27
2. Kapitel: Vertragsbeziehungen zwischen Einlieferer, Bieter und Versteigerer bei der klassischen Form der Versteigerung	29
A. Vertragsverhältnis zwischen Einlieferer und Versteigerer	29
I. Werkvertrag gemäß § 631 BGB	30
II. Dienstvertrag gemäß § 611 BGB	31
III. Maklervertrag gemäß § 652 BGB	31
IV. Maklerdienstvertrag	32
V. Ergebnis	34
B. Vertragsverhältnis zwischen Bieter und Versteigerer	35
C. Vertragsverhältnis zwischen Einlieferer und Bieter	36
D. Ergebnis Teil 2, 2. Kapitel	36

3. Kapitel: Vertragsbeziehungen zwischen Anbieter, Bieter und Auktionshaus bei der Privaten Online-Auktion	37
A. Anwendbares Recht	37
B. Vertragsbeziehungen	38
I. Vertragsverhältnis zwischen Anbieter und Auktionshaus	38
1. Typus Mietvertrag	40
2. Typus Dienstvertrag	42
3. Typenkombination Maklerdienstvertrag	43
a) Nachweis- oder Vermittlungstätigkeit des virtuellen Auktionshauses	43
b) Angebotsgebühr als Aufwendungsersatz gemäß § 652 Abs. 2 BGB	45
c) Fehlende Abschluss- und Entschließungsfreiheit des Anbieters	47
4. Abwägung der einzelnen Vertragselemente	50
5. Ergebnis	52
II. Vertragsverhältnis zwischen Bieter und Auktionshaus	53
III. Vertragsverhältnis zwischen Anbieter und Bieter	54
C. Ergebnis Teil 2, 3. Kapitel	54
 Teil 3: Der Vertragsschluss zwischen Anbieter und Bieter im Rahmen der Privaten Online-Auktion	 55
 1. Kapitel: Die Willenserklärung im Internet	 55
A. Elektronisch übermittelte Willenserklärung	56
B. Automatisierte Willenserklärung	56
C. Computererklärung	57
D. Ergebnis Teil 3, 1. Kapitel	59

2. Kapitel: Die gesetzliche Ausgangslage	59
A. Vertragsschluss nach den §§ 145 ff. BGB	60
B. Das Vertragsschlussmodell des § 156 BGB	61
I. Ausbieten als <i>invitatio ad offerendum</i>	61
II. Das Gebot als Antrag	62
III. Der Zuschlag als Annahme	64
IV. Fehlender Kontrahierungszwang	66
V. Entstehungsgeschichte und Regelungsgehalt des § 156 BGB	66
VI. Das schriftliche „Gebot“ bzw. der Ersteigererauftrag	69
VII. Das telefonische Gebot	70
VIII. Charakter der Norm	71
IX. Zwischenergebnis	72
C. Ergebnis Teil 3, 2. Kapitel	72
3. Kapitel: Die Abschlussmechanik der virtuellen Auktionshäuser	73
A. Gängige Ausgestaltung der Vertragsabschlussklauseln in den AVB	73
I. Einrichtung der Auktion als <i>invitatio ad offerendum</i> verbunden mit einer antizipierten Annahmeerklärung	74
II. Einrichtung der Auktion als verbindliches Angebot gemäß § 145 BGB	74
B. Zusammenfassung	75
4. Kapitel: Anwendbarkeit des § 156 BGB auf die Private	
Internet-Auktion	75
A. Relevanter Sachverhalt	75
B. Einordnung der Privaten Online-Auktion als „Versteigerung“ im Sinne des § 156 BGB	76

I. Wortlautinterpretation	78
1. Übergebot	78
a) Aufwärtsverfahren	78
b) Mehrheit von Personen	79
c) Erkennbarkeit der Gebote	80
2. Zwischenergebnis	84
3. Das Gebot	84
a) E-Mail als „verkörperte“ Willenserklärung	85
b) E-Mail als Ersteigererauftrag	85
c) Agentengebot als Ersteigererauftrag	87
d) Ergebnis	88
4. Exkurs: Wirksamwerden der Gebote	88
a) Erklärung unter An- oder Abwesenden	89
aa) „Herkömmlicher“ Geschäftsabschluss im Internet	89
bb) Die Private Online-Auktion	90
b) Zugang	91
aa) Auktionshaus als Empfangsbote des Anbieters	92
bb) Auktionshaus als Empfangsvertreter des Anbieters	93
cc) Stellungnahme	94
c) Ergebnis	95
5. Der Zuschlag	95
a) Zuschlag durch die Gratulations-E-Mail	95
b) „Zuschlag durch Zeitablauf“	96
6. „Endgültigkeit“ des Zeitablaufs	97
7. Zwischenergebnis	99
II. Systematische Erwägungen	99
III. Teleologische Erwägungen	101
IV. Ergebnis zu B.	104

C. Exkurs: Verbraucherschutz nach den Vorschriften über Fernabsatzverträge gemäß §§ 312b bis 312d BGB	105
I. Widerrufsrecht gemäß §§ 312d Abs. 1 S. 1, 355 Abs. 1 S. 1 BGB	106
II. Informationspflichten nach § 312c Abs. 1 Nr. 1 BGB	
i. V. m. § 1 RVO-Info	109
III. Ergebnis zu C.	111
D. Zusammenfassung und Problemstellung	111
5. Kapitel: Rechtliche Relevanz der AVB der virtuellen Auktionshäuser	112
A. Vorliegen von AGB und Einbeziehung im Benutzungsvertragsverhältnis	112
I. Vorliegen von AGB im Sinne des § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	113
1. Vertragsbedingungen gemäß § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	113
2. Verwender gemäß § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	114
II. Einbeziehung gemäß § 305 Abs. 2 BGB	114
III. Zwischenergebnis zu A.	115
B. Relevanz für den Vertragsabschluss zwischen den Teilnehmern	115
I. Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB	116
1. Urteil des LG Münster	117
2. Ansatz des OLG Hamm	118
a) Klauseln als Auslegungsgrundlage der jeweiligen Willenserklärungen	118
b) Faktische Wirksamkeit im Teilnehmerverhältnis trotz rechtlicher Unwirksamkeit im Benutzungsvertrag	119

3. Ansatz des BGH	120
a) Ausdrückliche Erklärung im Rahmen der Freischaltung der Präsentationsseite	120
b) Fehlende Kontrollmöglichkeit nach §§ 307 bis 309 BGB der auf den Vertragsschluss bezogenen Erklärung	121
4. Stellungnahme	121
a) Auslegung unter Heranziehung der vor- formulieren Erklärung	122
b) Auslegung unter Heranziehung der AGB-Klausel	124
c) Qualifizierung als Angebot oder antizipierte Annahme	126
d) Wirksamkeit im Hinblick auf die Bestimmtheit der Willenserklärung	128
aa) Bestimmtheit hinsichtlich des Vertragspartners	128
bb) Bestimmtheit hinsichtlich des Kaufpreises	130
e) Zwischenergebnis	130
5. Problematik der möglichen Abweichungen durch eigene Bestimmungen des Anbieters	131
6. Problematik der fehlenden Möglichkeit der Inhaltskontrolle	133
II. Ergebnis zu B.	137
 C. Vorliegen von AGB gemäß § 305 Abs. 1 S. 1 BGB im Teilnehmerverhältnis	138
I. Vertragsbedingungen gemäß § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	138
1. Bestimmungen, die sich auf den Kaufvertrag beziehen	138
2. Bestimmung, die sich auf den Vertragsabschluss bezieht	139
a) Vertragsabschlussklausel als Vertragsbedingung	139
b) „Angeklickte“ Erklärung des Anbieters als Vertragsbedingung	141

3. Zwischenergebnis	145
II. Verwender im Sinne des § 305 Abs. 1 S. 1 BGB	145
1. Vergleich mit der klassischen Versteigerung	146
2. Fiktion des § 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB	149
3. Zurechnung der Verwendereigenschaft aufgrund „enger Verbindung zum Auktionshaus“	150
4. Zurechnung der Verwendereigenschaft durch „Zueigenmachen als Initiator des Verkaufs“	151
5. Zurechnung der Verwendereigenschaft aufgrund der Registrierungsreihenfolge	153
6. Zurechnung der Verwendereigenschaft als durch eine Klausel „begünstigter Vertragspartner“	153
7. Zurechnung der Verwendereigenschaft aufgrund einer Gesamtschau von Kriterien	155
8. Zwischenergebnis	156
III. Ergebnis zu C.	157
IV. Überblick über die bisherigen Ergebnisse und Problemstellung	157
 D. Bedürfnis für eine Inhaltskontrolle/Kompensationsinstrumente	158
I. „Bereinigte“ AGB als Auslegungsgrundlage der jeweiligen Erklärungen	159
II. Verbandsklage gemäß § 1 UKlaG	161
III. Regress gegen das Auktionshaus	162
IV. Autonomienähtere Kompensation durch Aufklärung	165
V. Ergebnis zu D.	166

E. Einbeziehung der Vertragsbedingungen im Teilnehmerverhältnis	166
I. Qualifizierung des Benutzungsvertrages als Rahmenvertrag	
im Sinne des § 305 Abs. 3 BGB zugunsten Dritter	167
1. Einbeziehung der AGB gemäß § 305 Abs. 3 BGB	167
2. Kontrollmöglichkeit anhand der §§ 307 bis 309 BGB	169
3. Stellungnahme	170
4. Zwischenergebnis	172
II. Begründung einer vorvertraglichen Rahmenvereinbarung	
unmittelbar zwischen den Teilnehmern	173
1. Begründung eines Massenvertrages der Gesamtheit aller	
registrierten Teilnehmer	173
a) Vertragsschluss beim Gesellschaftsvertrag	173
b) Konkludenter Vertragsschluss durch Benutzungsverträge	
als „System von Sternverträgen“	175
c) Begründung eines vertraglichen Netzverbundes durch	
den Abschluss der Benutzungsverträge	176
d) Zwischenergebnis	178
2. Begründung jeweils zweiseitiger Rahmenvereinbarungen	
zwischen den Teilnehmern	179
a) Abschluss des Rahmenvertrages durch konkludente	
Willenserklärungen im Rahmen der Registrierung	179
b) Wirksamkeit der entsprechenden Willenserklärungen	182
3. Vorteile der Einbeziehung der AGB über die Rahmenverträge	183
4. Zwischenergebnis	184
III. Ergebnis zu E.	184
F. Zusammenfassung der Ergebnisse Teil 3, 5. Kapitel	184

6. Kapitel: Möglichkeit der Inhaltskontrolle des Rahmenvertrages	186
A. Inhaltskontrolle nach den AGB-Vorschriften	187
I. Unmittelbare Anwendung der AGB-Vorschriften	187
II. Analoge Anwendung der AGB-Vorschriften	188
III. Umgehungsgeschäft im Sinne des § 306 a BGB	191
IV. Zwischenergebnis	192
B. Inhaltskontrolle auf der Grundlage von § 242 BGB	192
I. Heranziehung der Grundsätze zur Inhaltskontrolle der Gesellschaftsverträge von Publikumspersonengesellschaften	192
II. Heranziehung der Grundsätze zur Inhaltskontrolle (notarieller) Formularverträge	197
III. Abgrenzbarkeit der Fallgruppe	200
IV. Zwischenergebnis	200
V. Prüfungsmaßstab und Rechtsfolge der Inhaltskontrolle nach § 242 BGB	201
C. Ergebnis Teil 3, 6. Kapitel	203
7. Kapitel: Durchführung der Inhaltskontrolle des Rahmenvertrages zwischen den Teilnehmern gemäß § 242 BGB	203
A. Vorweggenommene Bindung des Anbieters unter Wegfall des Zuschlags	203
I. Erforderlichkeit der Anbieterbindung bei der Online- Versteigerung	205
1. Erhöhtes Sicherheitsbedürfnis des Bieters	205

2. Attraktivität und Funktionsfähigkeit des Verfahrens	206
II. Kompensation durch Sicherungsmechanismen, die dem Auktionsverfahren im Internet immanent sind	208
1. Angemessener Preis durch höhere Zahl der Teilnehmer	208
2. Fehlende Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Vertragspartners	210
3. Zwischenergebnis	212
III. Kompensation durch Selbstbestimmungsrecht des Anbieters bei entsprechendem Risikobewusstsein	212
1. Selbstbestimmung der Parameter durch den Anbieter	212
2. Risikobewusstsein des Anbieters bei entsprechender Aufklärung	214
IV. Ergebnis zu A.	216
 B. Wirksamkeit des Gebotes	217
I. Fortdauernde Wirksamkeit vorhergehender niedriger Gebote	217
II. Fortdauernde Wirksamkeit des Gebots über das Ende der Versteigerung hinaus	219
III. Ergebnis zu B.	220
 C. Exkurs: Inhaltskontrolle des Maklerdienstvertrages im Hinblick auf die Bindung des Anbieters gemessen an § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB	220
I. Eingeschränkte Entschließungs- und Abschlussfreiheit	221
II. Ausschluss des Kündigungsrechts	224
III. Ergebnis zu C.	226
 D. Ergebnis Teil 3, 7. Kapitel	226

Teil 4: Pflichten des virtuellen Versteigerers	227
1. Kapitel: Pflichten des virtuellen Versteigerers, die aus dem jeweiligen Geschäftsbesorgungsverhältnis resultieren	
	228
A. Unparteilichkeit	228
B. Informations- und Aufklärungspflichten	230
I. Rechtliche Verankerung	230
II. Informationsinhalt und Darstellungsniveau	233
C. Kontroll- und Prüfungspflichten hinsichtlich des Auktions- gegenstandes	235
D. Identitäts- und Bonitätsprüfungspflicht hinsichtlich der Teilnehmer	237
E. Pflichten des Auktionshauses bei der Vertragsabwicklung	238
F. Zusammenfassung	239
2. Kapitel: Verfahrens- und abschlussbezogene Informationspflichten des virtuellen Versteigerers	
	239
A. Allgemeine Informationspflichten für geschäftsmäßige Teledienste nach § 6 TDG	240
B. Informationspflichten gemäß § 312c BGB i. V. m. § 1 RVO-Info	241
C. Pflichten gemäß § 312e BGB i. V. m. § 3 RVO-Info	243
D. Zusammenfassung	246

Teil 5: Schlussbemerkungen	247
1. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	247
A. Qualifizierung der Vertragsverhältnisse	247
B. Vertragsschluss zwischen Anbieter und Bieter	248
C. Inhaltskontrolle des Rahmenvertrages	252
D. Pflichten des Online-Versteigerers	253
2. Kapitel: Fazit und Ausblick	254
Literaturverzeichnis	257
Anhang	287
Gängige Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auktionshäuser	287